

Zwang zur Riester-Rente

Zusatzversicherung soll Pflicht werden - Massenproteste bei Rentenkürzungen angedroht

Hamburg - Die bisher freiwillige "Riester-Rente" soll nach Informationen der "Bild"-Zeitung doch für alle Bürger obligatorisch werden. Das berichtet das Blatt unter Berufung auf Verhandlungskreise der geplanten großen Koalition. Danach solle eine zusätzliche private Altersvorsorge in Zukunft zur Pflicht werden, weil in der gesetzlichen Rentenversicherung weitere Einschnitte und Nullrunden als unausweichlich gelten. (...)

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) lehnt einen Zwang zur Privatvorsorge kategorisch ab. "Eine Riester-Pflicht bringt nur noch mehr Bürokratie und Kosten", sagte GDV-Sprecherin Gabriele Hoffmann der Zeitung. "Geringverdiener werden auch mit einer Zwangsrente nicht erreicht, weil sie häufig keinen festen Arbeitsplatz haben. Aber genau um diese Verbraucher geht es bei Riester", so Hoffmann. Auch der Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Altersvorsorge, Bernd Katzenstein, warnt in der Zeitung: "Eine Zwangsrente wäre der völlig falsche Weg. Die private Altersvorsorge sollte privat bleiben und nicht auch noch vom Staat geregelt werden." Der Arbeitnehmerflügel der CDU forderte die designierte Kanzlerin Angela Merkel zu einer größeren sozialen Ausrichtung auf. (...)

Der Präsident des Sozialverbandes Deutschland, Adolf Bauer, kündigte massiven Widerstand der Senioren gegen Rentenkürzungen an. "Wenn es zu Kürzungen kommt, werden die Rentner sich zur Wehr setzen auf der Straße und vor den Gerichten", sagte Bauer den "Ruhr-Nachrichten". Ähnlich hatte sich auch der Sozialverband VdK geäußert. Eine Kürzung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung lehnte VdK-Präsident Walter Hirrlinger ebenso ab wie höhere Krankenkassenbeiträge für Rentner. Der Sozialverband drohte mit Massenprotesten, falls die Senioren weiter belastet werden sollten. Die Beiträge anzuheben, hatte der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, vorgeschlagen. Von ihm stammte auch die Idee, Kassen sollten Rentnern Hüftgelenk-Operationen nicht mehr erstatten.

Der Mannheimer Ökonom Axel Börsch-Supan forderte, die Frühverrentung auf Kosten der Rentenversicherung zu stoppen. Damit ließen sich die kurzfristigen Finanzprobleme der Rentenversicherung beheben. *dpa*

Der vollständige Artikel erschien in der Morgenpost vom Sonntag, 23 Oktober 2005.